Calwer Tagblatt

Nr. 228 — Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. — 98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 Mk., Familienanzeigen 35 Mk., Reklamen 200 Mk. × Schlüsselzahl. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. | Samstag, den 29. September 1923. | Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 3000000 Mk. wöchentlich. Postbezugspreis 3000000 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 550000 Mk. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Zur Ruhrfrage.

Kundgebung an die Deutschen im besetzten Gebiet.

Berlin, 27. Sept. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Fuchs, richtet folgende Kundgebung an die Deutschen im besetzten Gebiet: In der Stunde, in der die Reichsregierung dem deutschen Volk Kenntnis gibt von ihrem Entschluß, den Abwehrkampf im Westen einzustellen, ist es mir ein besonderes Herzensbedürfnis, den Brüdern und Schwestern an Rhein und Ruhr nocheinmal den heißen Dank des Vaterlandes auszusprechen für alles das, was sie für das deutsche Volk in den letzten 9 Monaten getan und getragen haben. Alle Teile der Bevölkerung haben für das Vaterland gekämpft und schwere Opfer gebracht. Handel, Industrie und Landwirtschaft, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, dem gewerblichen Mittelstand, den freien Berufen, den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltungen, ihnen allen gilt der Dank, ob sie nun ihre Treue zum Vaterland mit der Hingabe ihres Lebens, ihrer Gesundheit, ihrer Arbeit und ihrer Freiheit besiegelt haben oder ob sie bis zum bitteren Ende auf ihren Posten gestanden sind. Was von hier aus geschehen kann, wird geschehen, um die Leiden zu lindern, die über sie gekommen sind. Mit dem Abbruch des Kampfes ergeht an Euch der Ruf, die schaffende Arbeit für das Vaterland wieder aufzunehmen. Alle Verordnungen und Anweisungen des Reiches, die während des Kampfes im Einvernehmen mit Euch ergangen sind, sind aufgehoben. Die Bahn für neue Arbeit ist frei. Wir wollen Euch bei ihrer Aufnahme helfen, soweit es irgend in unseren Kräften steht. Vorbereitende Maßnahmen sind, insoweit diese Anweisungen von hier aus geschehen konnten, bereits getroffen. Insbesondere sind bestimmte Stellen zur Führung von etwaigen Einzelbesprechungen im besetzten Gebiet in Aussicht genommen. Die Beamten werden in kürzester Frist die erforderlichen Weisungen erhalten.

Berliner Blätter zur Lage.

Berlin, 27. Sept. Wie mehrere Blätter melden, beschäftigte sich das Reichskabinett gestern abend in einer Sitzung mit der innerpolitischen Lage und mit den das Ruhrgebiet betreffenden Fragen. Laut „Vorwärts" teilte gestern der Reichskanzler den Botschaftern der Ententeregierungen den von der Regierung angeordneten Abbau des passiven Widerstandes offiziell mit. In parlamentarischen Kreisen der Linken herrsche die Ansicht vor, daß die schnelle Besetzung der Botschafterposten in Paris und Brüssel zur Einleitung von Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet und die Regelung der Reparationsfrage notwendig sei. Laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung" hat die Zentrumsfraktion des Reichstages einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, die in Betracht kommenden Ressorts anzuweisen, zur Wiederbelebung der industriellen und der gewerblichen Tätigkeit an Rhein und Ruhr mit möglichster Beschleunigung öffentliche Aufträge bereitzuhalten und zu deren Durchführung weitgehende Material- und Lohnzuschüsse zu gewähren.

*

Französische Verschleppung.

Paris, 28. Sept. Die „Agence Havas" veröffentlicht eine Erklärung halbamtlichen Charakters, in der mitgeteilt wird, der französische Botschafter in Berlin habe berichtet, daß die deutsche Regierung ihm die Einstellung des passiven Widerstandes notifiziert habe und daß im Reichsgesetzblatt einige Verordnungen erschienen seien, die einige der Dispositionen abänderten, die aus Anlaß der Ruhrbesetzung getroffen worden seien. Man müsse jedoch bemerken, daß nur fünf dieser Verordnungen — die die Havasagentur „ungesetzlich" nennt — zurückgezogen worden seien, während die Reichsregierung eine große Anzahl erlassen habe. Man könne also erwarten, daß der Reichskanzler baldigst eine Gesamtmaßnahme treffen werde, die alle früheren Verordnungen endgültig aufhebe. Bis dahin könne selbstverständlich kein Abkommen zwischen den französischen Vertretern und den deutschen Behörden getroffen werden. Wenn diese Bedingungen einmal erfüllt seien, müsse im besetzten Gebiet das normale Regime, das vor der Besetzung bestanden habe, durch die vollkommene und dauerhafte Wiederaufnahme der Arbeit und der Sachlieferung, namentlich in Kohlen, nach den Bestimmungen der Reparationskommission wiederhergestellt werden. Das sei eine der unerläßlichen Bedingungen, die Poincaré immer wieder für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Deutschland gestellt habe. Man erwarte also Handlungen der deutschen Regierung, die ihren guten Willen zu beweisen habe, was bis jetzt noch nicht geschehen sei, und zeigen müsse, daß sie ihre Reparationspflicht gegenüber den Alliierten verstehe und bereit sei, sie in Zukunft zu erfüllen.

Die französisch-belgische Front.

Paris, 27. Sept. Der politische Direktor des nationalistischen „Eclaire" veröffentlicht einen Artikel, der die Ueberschrift trägt: „Die französisch-belgische Front". Aus der „Nation Belge" will er herausgelesen haben, daß die belgischen Fabrikanten und Geschäftsleute das belgische Ministerium bestürmen. Sie befürchteten Kolsmangel und erklärten, man stehe im Begriff, das Interesse der nationalen Industrie Literaten oder Journalisten zu opfern, die unaufhörlich eine Vogelscheuche gezeigt haben. Die deutschfreundliche Opposition sei in Belgien noch viel gefährlicher als in Frankreich, und zwar wegen der Beziehungen der Vlamen zu den Sozialisten. Wenn er (der Direktor des „Eclaire") recht unterrichtet sei, glaube er, daß diese Opposition schon jetzt den Ministerpräsidenten Theunis werde stürzen können, wenn die Sprachenfrage vor das Parlament komme. Theunis habe übrigens auf seiner Seite einen Minister, der durch sein fortgesetztes Zögern den Gegner ermutige. Das sei Jaspar, der jüngst Poincaré Schmerz bereitet habe, dadurch, daß er zu rasch mit Stresemann habe verhandeln wollen. Im übrigen beschwert sich der Artikelschreiber auch über den belgischen Kolonialminister Franck, der es jüngst gewagt habe, zu erklären, er stehe einer Emanzipation der Rheinländer feindlich gegenüber. Die „Nation Belge" fragt deshalb den Außenminister Jaspar, ob sein Kollege Franck in seinem eigenen Namen gesprochen habe; denn von der Lösung der rheinischen Probleme hänge das Leben oder der Tod Belgiens ab. Frankreich und Belgien, so schließt der „Eclaire", müßten den Eindruck erwecken, daß der deutsche Feind und der englische Gegner nicht die Hoffnung haben könnten, sie voneinander zu trennen. Das sei der Wunsch aller belgischen und französischen Patrioten.

Gustav Hervé in der „Victoire".

Paris, 28. Sept. Gustave Hervé schreibt in seiner „Victoire": „Jedes Volk hätte nach dem Einfall, den wir erduldet haben, als Vorsichtsmaßnahme für seine Sicherheit in der Zukunft die Zerstückelung Deutschlands verlangt, genau wie die Alliierten, als sie 1815 Napoleon besiegten und die französische Bevölkerung genommen haben, die heute Belgien bildet. Wir haben das in Versailles nicht getan. Die Alliierten haben uns diese Sicherheit verweigert, obzwar wir nur die Besetzung der militärischen Rheinlinie und in der Folge die Abtrennung des rheinischen Rheinlands verlangten, um daraus ein großes autonomes Luxemburg zu machen. Diese Sicherheit haben uns unsere Alliierten verweigert und uns dafür einen Garantiepakt im Falle eines deutschen Angriffs versprochen. Die deutsche Regierung weiß, daß unsere Alliierten diesen militärischen Garantiepakt nicht unterzeichnet haben und daß wir das Recht haben, auf ewig die Brückenköpfe zu besetzen, was die Lostrennung des Rheinufers bedeutet. Deutschland kann noch das rechte Rheinufer retten, indem es seine finanziellen Verpflichtungen erfüllt. Wir haben versprochen, das Ruhrgebiet nach Maßgabe der Zahlungen zu räumen und wir werden unser Versprechen halten. Aber wenn Deutschland dabei bleibt, uns die Zahlungen zu verweigern oder wenn es die bayerische oder preußische Militärmacht, die Monarchie, wieder aufrichten läßt, dann hätte es Grund, die Konstitution eines unabhängigen großen Rheinlandes zu befürchten."

Das deutsche Rassegefühl.

Paris, 27. Sept. Der Abgeordnete Hennesy schreibt im „Quotidien": Das Deutsche Reich erklärt sich zu allen Opfern bereit; es wird aber niemals eine Abmachung annehmen, die von der deutschen Erde auch nur die kleinste Parzelle abtrennt. Diese Sprache habe ich vor 2 Monaten in Wien aus dem Munde des Grafen Bernstorff gehört. Das deutsche Rassengefühl ist sehr stark, ja in dem politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Wirrwarr ist es das einzige, das erhalten geblieben ist, und es zeigt, daß unser neuer Sieg uns nicht die erhoffte Befriedigung gibt. Der Franzose, der sich nicht von seinen periodischen Siegen umnebeln läßt, möchte gerne einen Sieg, der etwas einbringt. Er zieht deshalb die folgende Bilanz: Wir haben den passiven Widerstand besiegt; aber wir haben uns viele Freunde entfremdet. Im Laufe unserer Operationen ist unser großer Verbündeter, England, soweit gegangen, die Gesetzlichkeit unserer Aktion in Zweifel zu ziehen. Der Widerstand Deutschlands hat seine Desorganisierung vollendet und seine Zahlungsfähigkeit herabgedrückt. Der Kohlenpreis geht nicht herunter, im Gegenteil. Die Sinistrierten erhalten kein Geld mehr, sondern Gutscheine, die nur sehr stark mit Verlust in den Handel zu bringen sind. Man spricht sogar davon, daß eine neue Anleihe aufgelegt werden muß. Der Abgeordnete erinnert daran, daß in den Wäldern zwei kämpfende Hirsche sich oft beide immobilisieren und schließlich beide tot auf der Strecke bleiben. Er habe ein zu großes Zutrauen zu Frankreich, um nicht an seine glänzende Zukunft zu glauben. Aber Frankreich trage seine Stärke in sich; sie liege nicht in den Zahlungen, die das zweimal besiegte Deutschland leisten werde.

Die Beziehungen zwischen England und Frankreich gestalten sich wieder inniger.

London, 28. Sept. Premierminister Baldwin sagte in seiner gestrigen Rede in Overstone bei Northampton, solange er das Premierministeramt innehabe, sei es für kurz oder lang, beabsichtige er, das Ziel, den Frieden zu wahren, über alles zu setzen. Baldwin erklärte langsam und mit Nachdruck, in diesem Geist versuche er jetzt die Lage in Europa zu behandeln. Auf einer der ersten Sitzungen der Reichskonferenz, die nächste Woche zusammentrete, müßten die gesamten Fragen der augenblicklichen Lage in Europa und in der Welt beraten werden. Als die jetzige Regierung ins Amt gekommen sei, habe eine Atmosphäre der Zurückhaltung, ja fast des Mißtrauens zwischen Frankreich und England bestanden. Es sei ihm, wie er glaube, in der Unterredung, die er letzte Woche mit Poincaré in Paris gehabt habe, gelungen, dazu beizutragen, die Atmosphäre des Vertrauens wiederherzustellen, die seit einiger Zeit verloren gegangen sei. Seiner Ansicht nach erkenne man jetzt sowohl in Paris, wie auch in London die Bedeutung einer Entente an, ohne die die Regelung der europäischen Verhältnisse weit schwieriger sein würde. Unter Beifall erklärte Baldwin, die beste Gewähr für eine Regelung liege in den innigen Beziehungen zwischen Frankreich und England und wenn irgend etwas geschehe, was diese beiden Länder trenne, dann würden, wie er befürchte, alle die Probleme, mit denen man es hier zu tun habe, unvermeidlich schwieriger als heute.

Englische Redensarten.

London, 28. Sept. Der Entwickelung in Deutschland wird in der Presse nach wie vor viel Raum gewidmet. Es herrscht weiterhin Unklarheit, ob die Proklamation des Ausnahmezustandes im Reich als Gegenmaßnahme oder als Ergänzungsmaßnahme zur Proklamation des Ausnahmezustands in Bayern verstanden werden soll. Die „Times" schreibt in ihrem Leitartikel u. a., weder ein bayerischer Putsch noch eine rheinische Separatistenbewegung werde Deutschland aus den Schwierigkeiten helfen. Die Bezahlung der Reparationen würde eben nicht erlassen werden. Es sei klare Pflicht, jetzt zusammenzukommen, um Deutschland genau wissen zu lassen, was von ihm erwartet werde. Deutschland machte ein endgültiges vernünftiges Angebot am 7. Juli. Auf diese Note antwortete noch keine alliierte Macht. Zweifellos habe sich die Lage geändert und ändere sich dauernd. Die Ansichten, die im Januar bestanden haben könnten, würden im Oktober eine Abänderung erfahren. Die Anwesenheit der Premierminister der Dominions in London biete eine gute Gelegenheit für Großbritannien, seine Haltung bei der Frage des Reparationsproblems geltend zu machen und mit Unterstützung des gesamten britischen Gemeinwesens die Rolle bei seiner Lösung zu spielen, was seiner großen Tradition würdig sei.

*

Die nervösen Franzosen.

Mannheim, 27. Sept. Die Polizeidirektion teilt mit: Am 26. September 1923, abends 10.45 Uhr, wurden von den französischen Posten am Schloßeingang (Kriminalpolizei) auf das Haus A 3.9 mehrere Schüsse abgegeben, wovon ein Gewehrschuß in das im vierten Stock gelegene Schlafzimmer einer 16jährigen Schülerin, welche zurzeit bei ihren Großeltern zu Besuch weilte, eindrang und an [illegible] die Wand beschädigte. Die Veranlassung zu der [illegible] war folgende: Die 16jährige Schülerin wollte kurz nach 10 Uhr zu Bett gehen. Sie stellte sich vorher einige Zeit an das offene Fenster und spielte mit ihrem weißen Taschentuch, indem sie dieses im Kreise herumdrehte. Das Mädchen hat sich nach ihren eigenen Angaben hierbei nichts gedacht. Der französische Posten vermutete eine Signalisierung und gab zunächst zwei Revolverschüsse und gleich darauf einen Gewehrschuß ab. Ein französischer Vorgesetzter begab

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

sich mit zwei Soldaten sofort nach dem fraglichen Haus, drohte mit der Beschlagnahme des Hauses und der Besetzung von ganz Mannheim und wollte das Mädchen abführen. Nach Richtigstellung des Sachverhalts durch eine im Hause wohnende französisch sprechende Frau wurde von der Festnahme des Mädchens abgesehen.

Die Lage im Reich.

Der Ausnahmezustand.

Berlin, 29. Sept. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes" erklärte Reichswehrminister Dr. Geßler unter anderem: Ich hoffe, daß schon die Verhängung des Ausnahmezustandes und die Androhung nachdrücklichen Einschreitens bei Versuchen, den Staat zu bedrohen, genügen werden, um die unruhigen Elemente von rechts und links von Umsturzversuchen zurückzuhalten. Sollte diese meine Erwartung sich nicht erfüllen, so werde ich nicht zögern, meine Machtmittel gegen alle Unruhestifter, die die Not des deutschen Volkes für ihre selbstsüchtigen Zwecke ausnützen wollen, rücksichtslos und ohne Ansehen der Person einzusetzen.

Berlin, 29. Sept. Nach einer Meldung einer sozialdemokratischen Korrespondenz hat der Reichswehrminister das Zentralorgan der Nationalsozialisten, den „Völkischen Beobachter", für das ganze Reich verboten.

Freischärler.

Berlin, 29. Sept. In der Umgebung von Berlin sind während der letzten Tage vielfach Trupps von jugendlichen Personen aufgetaucht, die sich der Reichswehr zur Verfügung zu stellen beabsichtigten. Da ein ausdrückliches militärisches Verbot zur Anwerbung und Einstellung derartiger Freischärler vorliegt, machen sich die Veranstalter und Teilnehmer an der Bildung derartiger Trupps wegen Zuwiderhandlung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. Mai 1921 betreffend das Verbot militärischer Verbände strafbar. Der Polizeipräsident von Berlin hat infolgedessen die Beamten der Schutzpolizei angewiesen, beim Auftauchen solcher Trupps sofort einzuschreiten und die Teilnehmer festzunehmen.

Waffenfund.

Berlin, 20. Sept. Wie der „Vorwärts" aus München meldet, wurde gestern abend das Gewerkschaftshaus und das Gebäude der sozialdemokratischen „Münchener Post" nach Waffen durchsucht. In der „Münchener Post" wurden zwei leichte Maschinengewehre, etwa vierzig Infanteriegewehre und eine Anzahl Handgranaten vorgefunden und beschlagnahmt.

Unruhen in Dresden.

Berlin, 28. Sept. Wie die Blätter aus Dresden melden, hat Generalleutnant Müller, auf den die vollziehende Gewalt im Freistaat Sachsen übergegangen ist, eine Verordnung erlassen, wonach alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel verboten sind, ferner jede Betätigung untersagt ist, die darauf gerichtet ist, durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen lebenswichtige Betriebe stillzulegen. — Als gestern abend im Anschluß an die Beerdigung des vor einigen Tagen erschossenen Erwerbslosenführers Könnecke sich große Massen auf dem Altmarkt ansammelten, säuberte Schutzpolizei und Reichswehr den Platz und die Straßen in wenigen Augenblicken. Dresden ist seitdem vollständig ruhig. — Nach einer Blättermeldung aus Weimar hat die thüringische Staatsregierung einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: Das Land Thüringen hat in dieser Zeit die Aufgabe, im Interesse der Reichseinheit alles zu tun, um die Anordnungen der Reichsregierung zu unterstützen. Die Regierung des Landes Thüringen steht in ständiger Fühlung mit der Reichsregierung, um in Thüringen selbst stets alle Maßnahmen zu treffen, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit für den Schutz der Republik erforderlich sind.

Die politischen Parteien des Saargebiets.

Saarbrücken, 29. Sept. Die fünf politischen Parteien des Saargebiets erlassen einen Aufruf, in dem es heißt: Die Parteien wenden sich in dieser schwersten Stunde ihres deutschen Vaterlandes in größter Besorgnis um die Einheit des Reiches und den Bestand seiner Grenzmarken an das gesamte deutsche Volk mit der dringenden Aufforderung, die Reichsregierung und ihre Bestrebungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung mannhaft zu unterstützen.

Deutscher Reichstag.

Beginn der Sitzung nachmittags 4 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Neuhaus-Düsseldorf (D.N.), die große politische Aussprache schon heute zu beginnen und mit den Anträgen über die Aufhebung der Ausnahmeverordnungen zu verbinden. Nach den gestrigen Ausführungen des Zentrumsführers Dr. Marx sei es notwendig, daß die Separatisten nicht einen Tag länger unwidersprochen mit dem Marxwort operieren können, das Rheinland sei von Preußen mit Füßen getreten worden und werde seine Geschicke selbst in die Hand nehmen. (Beifall und Unruhe.)

Abg. v. Gerard (Z.): Ich habe nie Aeußerungen so entstellen hören, wie es eben mit den Worten des Abgeordneten Marx geschehen ist. (Widerspruch rechts.) Herr Marx hat niemals das Wort „mit Füßen getreten" gebraucht. Namens meiner Fraktion erhebe ich gegen derartige unerhörte Unterstellungen Widerspruch. Herr Marx hat lediglich von früheren Vorkommnissen gesprochen und hat weiter betont, daß Preußen für das Rheinland auch früher viel getan hat, und das ist wahr. Wir sind uns der Bande, die uns mit Preußen verknüpfen, voll bewußt. Wir Vertreter des rheinischen Zentrums sind davon überzeugt, daß wir nur in der vertrauensvollen Arbeit mit dem besetzten Gebiet und dem Reich und Preußen eine Zukunft für uns sehen können. Wir sind uns voll bewußt, daß wir zu Preußen gehören und daß die weitaus größte Mehrzahl der Bewohner des besetzten Gebiets zu Preußen steht. Wir lassen uns in unserer Vaterlandstreue von niemanden übertreffen. Wir haben das gerade in letzter Zeit gezeigt. Auf unseren Antrag ist das Ministerium für das besetzte Gebiet geschaffen worden. Richten Sie Ihren Blick auf den jüngsten Aufruf des Ministers Fuchs, aus dem nichts anderes spricht als Reichstreue und Vaterlandsliebe. (Lebhafter Beifall im Zentrum. — Unruhe rechts.)

Abg. Neuhaus (D.N.) begrüßt das Bekenntnis des Vorredners zu Preußen und zum Reich, bedauert aber, daß Abgeordneter Dr. Marx sich gestern anders ausgedrückt hat.

Abg. Bartz (Komm.) unterstützt den Antrag auf sofortigen Eintritt in die politische Aussprache.

Nachdem Abg. Dr. Petersen (Dem.) sich gegen den Antrag der Deutschnationalen gewendet und die gestrigen Aeußerungen des Abgeordneten Marx als einen lapsus linguae bezeichnet hat, wird der Antrag der Deutschnationalen abgelehnt.

In allen 3 Lesungen wird sodann die Aenderung des Bankgesetzes angenommen. Die Aenderungen sind notwendig, um der Reichsbank die Ausdehnung wertbeständiger Kredite aus dem Lombardverkehr zu ermöglichen.

Abg. v. Gerard (Z.) beantragt, das Reich möge für die Wiederbelebung von Handel und Gewerbe im besetzten Gebiet durch schleunige Erteilung öffentlicher Aufträge sorgen.

Abg. Deermann (B.V.P.) ersucht die Regierung, der sonderbaren Geschäftspraxis der Banken im Scheckverkehr ein Ende zu machen.

Die Abgeordneten Neuhaus (D.N.) und Korell (Dem.) stimmen dem Zentrumsantrag zu.

Deutschland.

Zur Kartoffelversorgung.

Berlin, 28. Sept. Da nach bisher vorliegenden Nachrichten im Laufe des Jahres nicht mit einer so günstigen Kartoffelernte wie im Vorjahre gerechnet werden kann, und die Notlage weiter Bevölkerungsschichten in den Städten und Industriebezirken es zur zwingenden Notwendigkeit macht, zunächst den Speisekartoffelbedarf der Bevölkerung für den Winter zu sichern, hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zwecks glatter Durchführung der Wintereindeckung der Bevölkerung mit Kartoffeln beschlossen, bei dem Reichsverkehrsminister ein vorübergehendes Versandverbot für Kartoffeln zu beantragen. Vom 1. bis 31. Oktober einschließlich soll der Versand von Kartoffeln nach Stärkefabriken, Flockenfabriken, Trocknereien und Brennereien mittels der Eisenbahn unterbleiben. Das genannte Reichsministerium verkennt keineswegs die hohe wirtschaftliche Bedeutung der genannten Industriezweige, glaubt aber im gegenwärtigen Augenblick die Versorgung der Bevölkerung mit dem gegenwärtig unentbehrlichsten Nahrungsmittel in den Vordergrund stellen zu müssen.

Teuere Kohlen.

Berlin, 29. Sept. Für die Lohnwoche vom 24. September bis 1. Oktober wurden die Löhne in den Kohlenbergbaubezirken durch einen vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschuß festgesetzt. Darnach beträgt der Durchschnittstariflohn einschließlich des Hausstands- und Kindergeldes im Ruhrkohlenbergbau 280 Millionen, im sächsischen Steinkohlenbergbau 168 Millionen, im oberschlesischen Steinkohlenbergbau 180 Millionen und in den Kohlenrevieren des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus 157,5 Millionen Mark je Schicht.

Aenderung des Tabaksteuergesetzes.

Berlin, 28. Sept. Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates genehmigte den Entwurf eines Gesetzes über Aenderung des Tabaksteuergesetzes. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums führte aus, daß es sich aus materiellen, wie aus technischen Gründen als notwendig erwiesen habe, die Wertbeständigkeit in das Gesetz einzufügen. Als Wertmesser wäre es zweckmäßig, den jeweiligen Goldzollaufgeldsatz anzunehmen. Andererseits müsse der für die Zahlung der Tabaksteuer bisher gewährte Aufschub von 6 bezw. 9 Monaten aufgehoben werden, da es heute nicht mehr angängig sei, den Steuerpflichtigen vom Reich zinslose Kredite zu gewähren für die Zeit, in der das Entgelt der versteuerten Ware bereits in ihren Händen sei.

Vermischte Nachrichten.

Aufgefundene Briefpost.

Berlin, 27. Sept. (Amtlich.) Nach längeren Nachforschungen wurde eine anfangs August 1914 von dem Kreuzergeschwader auf der Insel Ponape, dem früheren deutschen Kolonialbesitz in der Südsee, zurückgelassene Briefpost wieder aufgefunden und der deutschen Regierung zugestellt. Es steht daher zu erwarten, daß die Angehörigen der Besatzungen von den Schiffen des Kreuzergeschwaders demnächst noch Briefe aus einer 9 Jahre zurückliegenden Zeit erhalten. Um Trugschlüssen vorzubeugen, werden die Briefe auf der Rückseite mit dem Vermerk „Post des Kreuzergeschwaders vom August 1914" versehen. Das Geschwader des Grafen von Spee vernichtete ein englisches Geschwader am 1. November 1914 bei Coronel und ist am 8. Dezember bei den Falklandsinseln im Kampf gegen stärkste Uebermacht untergegangen.

Holland stiftet ein Sanatorium für deutsche Studenten.

Das holländische Comitee „Deutsche Universitäten" hat beschlossen, in Deutschland ein Sanatorium für lungenkranke und tuberkulosegefährdete deutsche Studenten einzurichten und zu unterhalten. Leitung und Verwaltung des Sanatoriums sind der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft übertragen, der das Comitee für diesen Zweck zunächst 8000 Gulden zur Verfügung gestellt hat.

Anzeigen-Schlüsselzahl 50000

28)

Steffani Drehsa.

Roman von Alexandra v. Bosse.

Er reichte ihr das Telegramm und sagte: „Die Ernennung, Steffani!"

„Wohin?" fragte sie tonlos.

„Rio de Janeiro!"

„Also ganz nach deinem Wunsch."

„Ja — doch dich scheint es nicht zu freuen."

„Es kommt so plötzlich — sonst ... ich weiß ja, daß du es sehr erstrebst."

Sie überlas das Telegramm; das Blatt zitterte in ihrer Hand. Da Rüdiger schon lange nicht mehr davon gesprochen, hatte sie fast vergessen, daß sie über kurz oder lang Dohneck würden verlassen müssen. Nun erschreckte sie der Gedanke. Gerade jetzt wurde es so schön in Dohneck, wo Flieder und Goldregen sich entfalteten und die Obstblüte nahe war.

„Ich werde in vierzehn Tagen abreisen müssen," sagte Rüdiger.

„In vierzehn Tagen schon ...?"

Er sah sie mit dem ihm eigentümlich festen Blick an, der bis ins Herz zu dringen schien, und fragte: „Willst du gleich mit mir reisen oder lieber erst im Herbst mit den Kindern nachfolgen?"

„Natürlich reise ich gleich mit dir!" erwiderte sie ohne Zögern.

„Es wird dir schwer, die Heimat zu verlassen ..."

„Das ist es nicht, nein — nur die Ruhe hier liebe ich so sehr, aber " — und nun lächelte sie tapfer — „es wird gewiß sehr schön sein in Brasilien, und ich weiß, du bist zu jung, um untätig zu leben."

„Seit ich wieder gesund bin, sehne ich mich nach Tätigkeit," gab er zu, froh, daß sie das verstehen konnte. Ihre Verstimmung verschwand; sie war bereit, seine Befriedigung zu teilen, und schob ihre Hand durch seinen Arm.

„Also — gehen wir ins Haus, es wird nötig sein, Vorbereitungen zu treffen."

*

Bald kam die Zeit der Abschiedsbesuche. Man war in allen Kreisen der Verwandtschaft und Bekanntschaft überrascht, niemand ahnte vorher, daß Drehsa beabsichtigte, wieder in Dienst zu treten und sein Entschluß wurde überall besprochen.

„Nee — sagen Sie nur, was konnte ihn denn so plötzlich dazu bestimmen, wo er kaum hier warm geworden und nu erst seit einem Jahr Dohneck gekauft hat?" fragte Exzellenz v. Wyborg, als sie zu Fräulein Hermine v. Uertzen zum Tee kam, um hier das Ereignis zu besprechen.

„Längst gedacht — früher geschehen sollen — Skandal vermeiden — viel früher — viel früher!"

Hermine v. Uertzen vertrat überall laut ihre Ueberzeugung, daß ihr Neffe Drehsa nur sich entschlossen, so schnell wieder in Dienst zu treten, weil er so in unauffälliger Weise seine Frau aus der gefährlichen Nähe von Mellin fortzubringen vermochte. Um so größer gestaltete sich die Erregung, als plötzlich bekannt wurde, daß Steffani in Dohneck zurückbleiben würde, weil ihr Söhnchen erkrankt sei.

„Will einfach nicht fort — abgekartete Geschichte — skandalös! Skandalös!" ließ Hermine v. Uertzen überall, wo sie hinkam, sich hören.

Dann erfuhr man, daß Peterchen eines Tages über Halsschmerzen geklagt und Doktor Laffert aus Rödenau zuerst eine leichte Halsentzündung festgestellt hatte; aber zwei Tage später lag der Junge in hohem Fieber, und sein ganzer Körper bedeckte sich mit roten Flecken: er war an Scharlach erkrankt.

Binchen sollte sofort zu ihren Großeltern nach Wagnitz gebracht werden, aber Herr v. Wagnitz lehnte es entschieden ab, die kleine Enkelin bei sich aufzunehmen, aus Furcht, Lotti könne angesteckt werden. So mußte Binchen, da Steffani nicht wußte, wohin nun mit ihr, in Dohneck bleiben und wurde im Erdgeschoß untergebracht, während Steffani sich mit ihrem Peterchen im ersten Stock abschloß.

Rüdiger verschob seine Abreise um eine Woche. Wollte er nicht ganz von dem ihm angebotenen Posten zurücktreten, mußte er reisen, so unangenehm es ihm war, Steffani mit dem kranken Kind zurückzulassen. Sie sollte dann erst im Herbst nach Rio de Janeiro kommen, wenn er einen kurzen Urlaub nehmen und sie mit den Kindern dahin abholen konnte. Und Steffani konnte nichts tun, als sich ins Unabänderliche zu fügen. Sie versuchte gar nicht, Rüdiger zu bestimmen, seine Abreise so lang zu verzögern, bis Peterchen wieder gesund war, oder, ging das nicht an, den Gedanken an Brasilien aufzugeben. Sie wußte, sobald sein Beruf in Frage kam, stellte sich Rüdiger auf den Standpunkt des Soldaten, der unter allen Umständen den ihm angewiesenen Posten rechtzeitig antreten muß.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aus Stadt und Land.

Calw, den 29. September 1923.

Vom Rathaus.

Am Donnerstag fand unter der Leitung von Stadtschultheiß Göhner eine Gemeinderatssitzung statt, zu der auch die Schulhausbaukommission eingeladen war. In längeren Verhandlungen wurden verschiedene Anstände geregelt, die sich zwischen der Stadtverwaltung und einigen Baufirmen ergeben hatten. In der Hauptsache handelte es sich um das Tuffsteinwerk Gönningen, die Süddeutsche Abwasserreinigungsgesellschaft und den Bauunternehmer Alber. Sämtliche Streitigkeiten wurden beigelegt. Bei dieser Gelegenheit bemerkte der Vorsitzende, daß für das Schulhaus bis jetzt 156 Milliarden ausbezahlt worden seien und daß man froh sein müsse, wenn das Haus in diesem Jahr noch unter Dach komme. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Festsetzung der Gas- und Strompreise. Ueber das Ergebnis ist im Inseratenteil dieses Blattes bereits das Wichtigste mitgeteilt worden. Im allgemeinen, bemerkte der Vorsitzende, basiere der Gaspreis auf den Kohlenpreisen. Im vergangenen und im laufenden Monat haben sich die Preise für Gasförderkohle, eine Mittelkohle, in der Weise gestaltet, daß am 27. August für die Tonne 80 Millionen Mark, am 3. Sept. 104 Millionen, am 10. Sept. 192 Millionen, am 17. Sept. 32 Goldmark und am 24. Sept. 88,46 Goldmark bezahlt worden seien, es habe demnach eine 17fache Steigerung der Kohlenpreise stattgefunden. Es müsse deshalb auch der Gaspreis eine starke Erhöhung erfahren. Für Calw werden 5,3 Millionen und für Hirsau 6 Millionen pro Kubikmeter vorgeschlagen. Diese Preise entsprechen etwa 15 und 17 Goldpfennig. In der Vorkriegszeit betrug der Preis für 1 Kubikmeter Gas in Calw 16 Pfg. und in Hirsau 22 Pfg. Die Preise für Kohlen werden dem Gaswerk in Goldmark angerechnet, allgemein ist man zu dieser Berechnungsart übergegangen, nur sind die Preise jetzt vielfach das 3fache des Friedenspreises. Bezüglich der Strompreise wurde die Kilowattstunde für Licht auf 10 Millionen und für Kraft auf 7 Millionen festgesetzt. Die Preise für Licht und Kraft hatten sich in letzter Zeit wesentlich zu ungunsten des Kraftstroms verschoben, weshalb der Preis für Kraft bedeutend niederer angesetzt wurde. Die jetzigen Preise entsprechen 30 Goldpfennig für Licht und 20 Goldpfennig für Kraft, in Friedenszeiten waren die Preise 45 und 25 Pfg. Der Vorsitzende schlägt sodann vor, einen Vorverkauf von Gas und Strom einzuführen. Trotz mancher Mängel dieser Einrichtung lasse sie sich aber nicht umgehen, da die technischen Werke notwendig Betriebskapital brauchen. Der Vorsitzende schlägt sodann vor, im Zusammenhang mit dem Vorverkauf auch die Abgabe von Strom und Gas für Minderbemittelte zu regeln. Es solle ein Fonds für Wohlfahrtspflege geschaffen werden. In diesen Fonds sollen fließen die Werte der Geldscheine etwa unter 1000 Mark (bewährtes Beispiel in Pforzheim), das Ergebnis einer allgemeinen Papiersammlung und ein Beitrag von 5 Prozent der Strom- und Gaseinnahmen. So könne aus freiwilligen Gaben und aus dem Zuschuß der technischen Werke ein Fonds gegründet werden, der auch die Not der Minderbemittelten lindern werde. Das Wasserwerk ergibt einen Abmangel von 10,5 Milliarden. Es soll deshalb der Wasserzins auf die 5000fache Grundgebühr gebracht werden. Der Vorsitzende ging davon aus, daß der Wasserbezug nicht stark verteuert werden dürfe. Von dem Verwalter der technischen Werke wurde hiezu ausdrücklich bemerkt, daß der größte Teil des Wasserzinses vom Elektrizitätswerk getragen werde. Im Anschluß an die Festsetzung des Wasserzinses trägt der Vorsitzende ein Gesuch der hiesigen Gärtnerinnung vor. Die Gärtner weisen auf ihre Notlage hin, die durch eine Mißernte und abnorme Witterungsverhältnisse hervorgerufen worden sei. Sie suchen deshalb um eine Ermäßigung des Wasserzinses nach. Der Vorsitzende unterstützt das Gesuch und schlägt vor, die Grundgebühr für gemessenes Wasser von 80 auf 60 zu ermäßigen; es würde sich sodann ein Ausfall von 50 Millionen ergeben. Das Kollegium ist mit dem Vorschlag einverstanden, wünscht aber, daß die Gärtner in erster Linie ihre Erzeugnisse hier absetzen und sie nicht nach auswärts verschicken. Der Vorsitzende fragt an, ob eine Maschinenbruchversicherung eingegangen werden solle. Der Wert der Maschinen werde auf 22 800 Dollar geschätzt, die Prämie würde jährlich 219 Dollar betragen; die Höhe der Prämie schrecke von einer Versicherung ab; der Gemeinderat hält ebenfalls eine Versicherung nicht für notwendig. Bei der Festwertsbank wurden bis jetzt 3500 Gr. Feingold abgehoben. Der Stadt wurden hiefür 240 Milliarden gutgeschrieben. Da die Beträge für den Schulhausbau und für andere städtische Bedürfnisse wachsen, hat der Vorsitzende neues Stadtgeld im Gesamtbetrag von 160 Milliarden anfertigen lassen; der Gemeinderat hält die Beschaffung weiteren Geldes für notwendig. Das Rektorat des Realprogymnasiums und der Realschule hat die Einrichtung von Handarbeitsunterricht für die Mädchen an den beiden höheren Schulen beantragt. G.R. Sannwald spricht sich dagegen, G.R. Baeuchle dafür aus. Der Antrag wird schließlich abgelehnt. — Mit dem Pächter der Schafweide wird ein neuer Pachtzins vereinbart. Der Pachtzins, der im Frieden 600 Mark betrug, soll künftig 700 Goldmark betragen. — Die Ortsklasseneinteilung für die Arbeiterlöhne wurde abgeändert. Die Abteilung C, zu der Calw gehört, wurde in 2 Klassen geschieden, Klasse 1 mit größerer Industrie, Klasse 2 mit kleinerer Industrie. Es ergibt sich somit für Calw, da dieses in die 2. Klasse eingereiht ist, ein Unterschied gegen seither von 5 Proz.; die Löhne betragen also 5 Proz. weniger. Der Ecklohn für städtische Arbeiter beträgt nun pro Stunde 17,8 Millionen, der sich sodann abstuft in 17,6; 17,3; 16,3; 16 und 9 Millionen Stundenlöhnen. — Die Entleerungsgebühr für Latrine wird pro Faß auf den Stundenlohn eines Latrinenarbeiters festgesetzt, der Verkaufspreis von 1 Faß auf 1 Viertelliter Milch. — Die Waggebühren auf der städtischen Wage werden um das 100fache erhöht. Auf Anfrage von G.R. Staudenmeyer findet eine Aussprache über den Stand der Kartoffelversorgung statt. — G.R. Hörnle fragt an, ob Schritte für Notstandsarbeiten eingeleitet seien; es seien eine Anzahl Erwerbsloser vorhanden, die angesichts des bevorstehenden Winters einer Notlage entgegengehen. Der Vorsitzende bemerkt, es sei richtig, daß Arbeiterentlassungen stattgefunden hätten, aber ohne Mittel des Reiches und des Staates könnten die Gemeinden keine Arbeit ausführen lassen; am Schulhausbau könne niemand mehr beschäftigt werden. Die Stadt habe wie andere Städte kein Geld zu diesem Zweck mehr, da man den Städten ihre eigentlichen Steuerquellen weggenommen hätte. Die Erwerbslosenfürsorge betrage in der Woche 5½ Milliarden, die allerdings zum größten Teil ersetzt werden, aber ohne weiteren Zuschuß des Reiches seien die Mittel der Gemeinden erschöpft. Sobald der Staat helfend eingreife, soll im Nötelbachtal ein Schleifweg zu einem Holzabfuhrweg ausgebaut werden; bei diesem Projekt könne eine größere Anzahl von Arbeitern zur Verwendung kommen. Der Vorsitzende will die Angelegenheit scharf im Auge behalten. Nach der Behandlung weiterer Gegenstände wurde die Sitzung nach beinahe 5stündiger Dauer geschlossen.

Christlicher Verein junger Männer, 60jähriges Gründungsfest.

Von den zahlreichen Verbänden, die heute in Deutschland Jugendarbeit treiben, können nur die voll gewertet werden, die die Jugend nicht bloß für einen wenn auch wichtigen Sonderzweck gewinnen, sondern sie für ein ihr ganzes inneres und äußeres Leben bestimmendes Ideal erobern wollen. Nur wer Jugend für ein Ziel entbrennt, von dem sie völlig ausgefüllt werden und das ihren ganzen Charakter gestalten kann, hat Jugendarbeit den Grund, den sie braucht. Nun können von verschiedenen Seiten her solche zentrale Ziele gezeigt werden. Alle die leuchtenden Ideale von der Zukunft unseres Vaterlandes, die heute unter uns lebendig sind, können Norm und Ziel für Jugendpflege und Jugendbewegung sein. Eine andere Zielsetzung gibt die christliche Gemeinde. Wir haben in dem Vorbericht zu unserem Fest die Formulierung unseres Ziels genannt, die heute der christlichen Jugend voranleuchtet: Die Königsherrschaft Jesu Christi unter der Jugend. Wir könnten ebensogut das Bekenntnis nennen, das am Altar unserer Kirche erklang: Die Sach' ist dein, Herr Christ, an der wir stehn, und weil sie dein, kann sie nicht untergehn. Mit dieser Bindung an Christus treten wir an alle anderen Fragen heran und gestalten von ihr aus unser ganzes Leben. Allen kulturellen, politischen, sozialen Problemen begegnen wir mit unserer besonderen christlichen Einstellung. Unsere Vereinsarbeit in ihrer Mannigfaltigkeit ist Ausdruck unserer Absicht, alle Lebensgebiete vom evangelischen Glauben aus zu beleuchten und zu umspannen. — Bei unserem Gründungsfest kam nun die Eigenart unserer Arbeit dadurch kraftvoll zur Geltung, daß nicht die Mannigfaltigkeit unseres Vereinslebens gezeigt, sondern eben jene innere Grundlage scharf betont wurde und das ganze Programm beherrschte. Zweimal sammelten wir uns in vertrautem Kreis mit unseren auswärtigen Gästen um die Bibel. Für den Samstag abend hatte unser zweiter Vorstand, Kaufmann Spambalg, ein Wort des Paulus bestimmt, in dem der Kampf des Christen in geharnischten Bildern aus dem Soldatenleben geschildert wird. Nach der Einleitung durch Stadtpfarrer Lang sprachen verschiedene Freunde aus der christlichen Jungmännerbewegung zu uns. Besonders erfreut hat uns ein alter Calwer, Herr Schlotterbeck, jetzt in Stuttgart. Die Geschichte unseres Vereins war in ihm verkörpert. Am Sonntag vormittag rüsteten wir uns mit der von Stadtvikar Gös eingeleiteten Morgenwache für den Festtag. Dann folgten drei öffentliche Veranstaltungen. Der Gemeindegottesdienst war unser Festgottesdienst. Unsere Wimpel grüßten die Gemeinde vom Altar her. Stadtpfarrer Kohler von Degerloch, bis vor kurzem Bundesdirektor der württ. ev. Jungmännervereine, hielt die Predigt. Er begründete das Recht von Jugendvereinen innerhalb der Gesamtgemeinde. Christl. Jugend braucht Zusammenschluß unter sich; nur so wird sie ein aktionsfähiges Glied der Gemeinde. Dann erzählte die Predigt von den Erfolgen der ev. Jungmännerarbeit. Diese dürfen freilich nicht nach Zahlen gemessen werden, sondern nach den einzelnen christl. Männern, die als Früchte jener Arbeit zu werten sind. Ein Gottesdienst, der der Jugend galt, brauchte eine festliche Liturgie. Dekan Zeller versah den liturgischen Dienst am Altar. Nach dem Gottesdienst sollte ein Umzug stattfinden mit anschließender öffentlicher Kundgebung. Nun regnete es in Strömen. Da aber unser Rathaus so geschickt gebaut ist, konnte unter seinen hohen Torbogen wenigstens die Kundgebung trotz des Regens stattfinden. Missionar Nestele von Feuerbach und Stadtpfarrer Kohler hielten kurze Ansprachen. Unsere Bläser von Liebenzell und Gültlingen begleiteten die Gesänge. Dank der uns in reichem Maße zuteil gewordenen Gastfreundschaft unserer Calwer Freunde, für die wir herzlich danken, konnten dann die Mittagsquartiere bezogen werden. Um 3 Uhr riefen die Glocken zu unserer Festfeier in der Kirche. Dort ließen wir uns zunächst Grüße sagen: von Dekan Zeller für die Kirchengemeinde, von Stadtschultheiß Göhner für die Stadt, von Stadtpfarrer Kohler für unsern Landesverband, von Bezirksgeometer Sigmund für unsern Bezirksbund. Dann wurden wir in die Vergangenheit zurückgeführt zu den „Vätern in Christo". Am Anfang unserer Vereinsgeschichte standen zwei große Männer: Christian Gottlob Barth und Dr. Hermann Gundert. Barth hat die Bahn für moderne Jugendarbeit gebrochen. Gundert dürfen wir den Gründer unseres Vereins nennen. Seine Lebens- und Bekehrungsgeschichte wurde uns lebendig vorgeführt. Der Gedanke, einen Jünglingsverein zu gründen, kam Dr. Gundert, als einige Buben bei ihm um seelsorgerlichen Rat fragten. Im August 1863 hat er mit ihnen den Verein angefangen. Im Mittelpunkt der Arbeit stand von Anfang an die Bibelbesprechung, daneben ebenso von Anfang an Belehrung und Unterhaltung. Die politische Bewegung der ersten Vereinsjahre zum Beispiel spiegelt sich in den Themen der Vortragsabende. Von der Vergangenheit gingen wir zur Gegenwart über. Die gegenwärtigen Aufgaben ev. Jugendarbeit wurden uns gezeigt. Es handelt sich um die Erziehung einer bewußten, christl. Jugend, die mit zu der Kerngemeinde innerhalb der großen Volkskirche heranreifen soll. Zu jedem dieser Gedankengänge hörten wir packende Ausführungen unseres Vorstandes, Stadtpf. Lang. In dem, was er sprach und sprechen ließ, kam stets die innere Wucht der Tatsachen aus unserer Arbeit in schlichtester Form zur Geltung. Weiter wurde jeder Gedankengang durch Gedichte von Barth und durch Musik unterstrichen. Für diese sind wir Hrn. Hauptlehrer Aichele sowie Hrn. Rechtsanwalt Rheinwald und den Freiwilligen, die unser Vereinsorchester verstärkten, dankbar. Die Worte über unsere heutigen Aufgaben drängten zu einem sichtbaren Beweis, daß wir christliche Jugend haben. Ein Gespräch führte uns in unsere Gründungszeit zurück. Wird es möglich sein, daß unsere Arbeit sich durchsetzt? Ja. Die Alten hatten den Glauben und schauten ein Zukunftsbild in lichten Farben. Plötzlich wurde das Bild Wirklichkeit. Unsere Jungschar zog mit froher Begeisterung an den Altar, singend: Unsere Herzen froh verbunden, schließet heut zum Kreis! Aeltere schlossen sich an mit dem Lied: Es klingt ein Ruf in deutschen Gauen, wer will ein Streiter Christi sein? Unsere Großen rundeten das Bild: Auf, denn die Nacht wird kommen, auf, mit dem jungen Tag. Ein Bekenntnisakt krönte die sinnbildliche Handlung. Die Jugend huldigte dem gekreuzigten Heiland. Ein Wechselgesang schloß die Szene: Schönster Herr Jesu, Herrscher aller Enden! — Abends sammelten wir uns zum fröhlichen Zusammensein in unserer Art mit den alten Freunden im Vereinshaus und ließen das Fest ausklingen. G.

Wetter für Sonntag und Montag.

Der Hochdruck nimmt zwar ab, ist aber über Süddeutschland noch so stark, daß am Sonntag und Montag trotz gelegentlicher Trübung trockenes und mildes Wetter zu erwarten ist.

*

(SCB) **Stuttgart,** 28. Sept. Die Nachricht, daß der Devisenkommissar bei seinem kürzlichen Aufenthalt in München die Durchführung der Devisenkontrolle für Bayern einem besonders Beauftragten mit dem Sitz in München anvertraut habe, hat in Norddeutschland die Auffassung hervorgerufen, daß es sich hier wieder um ein besonderes Entgegenkommen Bayern gegenüber handle. Wie das Neue Tagblatt erfährt, ist diese Auffassung ganz irrig. Von Berlin aus lassen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse gerade in Bezug auf die Devisenkontrolle nicht recht übersehen. Es lag deshalb nahe, den Delegierten des Ein- und Ausfuhrhandels in Bayern, der schon seit längerer Zeit die einschlägigen Fragen des Devisenverkehrs im Bereiche seiner bisherigen Tätigkeit bearbeitet und kennen gelernt hat, für die Durchführung einer Devisenkontrolle zu sichern. In ähnlicher Weise wird in den nächsten Tagen ein besonderer Beauftragter des Devisenkommissars für Württemberg mit dem Sitz in Stuttgart ernannt werden. Aller Voraussicht nach werden auch für andere Landesteile in allernächster Zeit noch derartige Ernennungen erfolgen.

(SCB.) **Stuttgart,** 27. Sept. (Landtag.) Die Abgg. Küchle und Pollich (Ztr.) haben folgende Kleine Anfrage gestellt: Die staatliche Gebäudebrandversicherungsanstalt ist bei der heutigen Geldentwertung nicht in der Lage, einen Brandschaden so zu regeln, daß der Versicherte, auch für den Fall, daß er von der Möglichkeit der Erhöhung der Versicherung Gebrauch gemacht hat, eine für den Wiederaufbau einigermaßen hinreichende Entschädigung erhält. Dies bedeutet eine unerträgliche Schädigung der dem staatlichen Versicherungszwang unterliegenden Gebäudebesitzer. Ist das Staatsministerium bereit, durch entsprechende Maßnahmen baldmöglichst eine Aenderung dieser unhaltbaren Zustände herbeizuführen? Wir begnügen uns mit einer schriftlichen Antwort.

(SCB) **Ellwangen,** 28. Sept. Der 20 Jahre alte Mechaniker Karl Wehrle aus Freiburg und der 22jährige Bergmann Erich Engler aus Demlin in Westpreußen, beide vorbestraft, waren als Untersuchungsgefangene im Amtsgericht Aalen untergebracht. Da sie weitere Strafen zu gewärtigen hatten, suchten sie aus dem Gefängnis zu entweichen und vereinbarten, am Morgen des 27. Juli den Wachtmeister mit Stuhlfüßen niederzuschlagen. Als der Gefangenenwärter die Zelle betrat, versetzte ihm Engler einen Schlag über den Kopf, daß er zurücktaumelte. Er faßte sich jedoch gleich, rief um Hilfe und schlug dem Engler den Schlüsselbund über den Kopf. Nun wurde er auch von Wehrle mit dem Stuhlfuß über den Kopf geschlagen. Es entstand ein Handgemenge im Gang, der aber abgeschlossen war. Wehrle sah nun das Nutzlose des Ausbruchs ein und veranlaßte Engler, von dem Wachtmeister abzulassen. Beide gingen wieder in die Zelle zurück. Der Wachtmeister hatte sechs Wunden am Kopf, war zwei Tage bettlägerig und weitere acht Tage arbeitsunfähig. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage in vollem Umfange, worauf die Angeklagten je zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt wurden.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

1 Dollar	160 400 000 M.
1 Goldmark	38 190 476 M.
1 holländ. Gulden	62 756 500 M.
1 Schweizer Franken	28 445 000 M.

Reichsindexziffer.

Die Reichsrichtzahl (Reichsindexziffer) für Lebenshaltungskosten in der Woche vom 17. bis 23. September 1923 beträgt 28 000 000 gegen 14 244 000 der Vorwoche.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Geltmann, Calw.
Druck und Verlag der W. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Amtliche Bekanntmachung.

Betreff: Mehl- u. Brotpreise.

Gemäß Beschluß der Reichsregierung werden die Mehl- und Brotpreise ab **Montag, den 1. Oktober 1923** erhöht.

Im Einvernehmen mit der Württ. Landesversorgungsstelle werden nachstehende Preise festgesetzt:

1 Laib Brot von 930 gr. kostet Mk. 8 000 000.—
1 kg. Brotmehl kostet Mk. 9 500 000.—

Calw, den 28. September 1923.

Kommunalverband:
Vögel, Amtmann A.-V.

Stadtgemeinde Calw.

Das Wohnungsamt hat eine größere Familie dringend unterzubringen, für die eine Wohnung sehr schwer beschafft werden kann. Es soll deshalb für sie eine städt. Wohnung frei gemacht werden. Da auch für diese Familie eine geeignete Wohnung nicht zur Verfügung steht, hat der Gemeinderat beschlossen, demjenigen Hausbesitzer, der für diesen Zweck eine

Wohnung von 3-4 Zimmern, frei macht, eine Belohnung von 2 Milliarden Mark

auszusetzen, die verfallen sein soll, wenn es zur Belegung der Wohnung gekommen sein wird. Es handelt sich um eine Familie von 7 Köpfen mit geordnetem Haushalt.

Bewerbungen an das Stadtschultheißenamt sofort erbeten.

Calw, den 28. September 1923.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Bekanntmachung

Für **September** beträgt das

Stromgeld

für Licht Mk. 10 000 000.—
für Kraft Mk. 8 000 000.— } **für 1 KWSt.**

die Zählermiete

für Lichtzähler Mk. 3 000 000.—,
für Kraftzähler Mk. 6 000 000.—.

Ab **1. Oktober ds. Js.** sind wir gezwungen, das **Stromgeld** und die **Zählermieten nach** den uns in Rechnung gestellten **Goldmark-Kohlenpreisen** festzusetzen und es werden berechnet:

für 1 KWSt.-Licht 12 Kg. Steinkohle,
für 1 „ Kraft 10 Kg. „
für Lichtzählermiete 6 Kg. „
für Kraftzählermiete 12 Kg. „

Wir bitten unsere Abnehmer, den bestehenden ungewöhnlichen Wirtschaftsverhältnissen Rechnung zu tragen und unseren Ortsagenten das schwierige Einzugsgeschäft durch rasche Bezahlung zu erleichtern. Das Schimpfen über die hohen Strompreise ändert an den bestehenden Verhältnissen gar nichts, dasselbe ist aber auch ganz ungerechtfertigt, denn denn es kostet z. B. die Licht-KWSt. im September etwa 22 Goldpfennige, während der Friedenspreis 45 Pfg. betrug, obgleich heute durchweg die doppelten Goldmarkpreise in Rechnung gestellt werden.

Schecks können wir nicht mehr in Zahlung nehmen, da uns diese die Banken erst nach 10 Tagen gutschreiben und uns dadurch außerordentlich hohe Zinsverluste entstehen.

Station Teinach, den 28. September 1923.

Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach-Station (G. E. T.)

Ab Mittwoch, den 3. Oktober
tausche ich sofort
alle Oelsaaten
wie Mohn, Reps, Dotterreps, Hanf und Hederich
gegen Oel
ein. Abholungszeiten **nur** während der Geschäftszeiten von 8—12 Uhr vormittags und 2—5 Uhr nachmittags.
Fahrkarten wegen Erhöhung des Eisenbahntarifs spätestens Sonntag lösen.

Alfred Reclam, Nagold
Oelsamen-Lohnschlägerei
beim Hauptbahnhof. Fernspr. 101.

Kaufe **Felle** aller Art
Jakob Eberhardt, Badstraße 342.

Zur Haarpflege
empfiehlt echtes
Birkenhaarwasser
Karl Otto Binçon.

Aenderung der Durchführungsbestimmungen zur Arbeitgeberabgabe.

Durch Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 14. September 1923 ist § 3 der Durchführungsbestimmungen vom 23. August 1923 zum Betriebssteuergesetz vom 11. August 1923 dahin abgeändert worden, daß die jeweils fällige Arbeitgeberabgabe nicht erhoben wird, wenn sie das 200fache des Betrags nicht übersteigt, der **am zehnten Tage vor dem Fälligkeitstage** (also nicht wie bisher am Fälligkeitstage) für die Beförderung eines Briefs bis zu 20 Gramm im Inlandsfernverkehr jeweils zu entrichten ist. Diese Bestimmung findet erstmals Anwendung auf die am 25. September 1923 fällige Abgabe.

Hirsau, den 28. September 1923.

Finanzamt
J. V. Eisele, St.-Insp.

Umsatzsteuervoranmeldungen f. d. 3. Kalendervierteljahr 1923 bezw. für den Monat Sept. 1923

Es wird darauf hingewiesen, daß die **Abgabe** der Voranmeldungen und Zahlung der Umsatzsteuer spätestens bis zum 10. Oktober zu erfolgen hat, da ab 11. Oktober der 400%ige Zuschlag zu erheben ist.

Hirsau, den 28. September 1923.

Finanzamt:
i. V. Eisele Steuer-Insp.

Gehaltszahlung betr.

Zahlungen für 4. Septemberwoche und auf 1. Oktober sind am 28. und 29. September hier abgegangen.

Staatsrentamt Hirsau.

Calw, den 28. September 1923.
Statt jeder besonderen Anzeige.

Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt geben wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Groß- und Schwiegermutter

Katharine Eberhardt †

heute nachmittag nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 82 Jahren sanft verschieden ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Dora Bührer.

Beerdigung Sonntag nachmittag 3 Uhr.

Flachs zu Leinwand!

Schwingflachs, Schwinghanf und Abwerg
verarbeiten **im Lohn** zu Leinen, roh und gebleicht, farbigen Bettzeugen, Hand- und Tischtüchern, Schürzenleinen und Zwilchen **unter Garantie für beste Ausbeute** der Spinnstoffe und **schönsten Ausfall** der Gewebe.

Flachsröst- und Aufbereitungsanstalt
Gebrüder Spohn, Jttenbeuren
Post u. Station **Ravensburg.**

Niederlagen:
Georg Buck, Calmbach.
Aug. Dietz, Unterreichenbach.
Gerhard Paulus Bad Liebenzell.
J. G. Rall, Neuweiler.
Friedr. Schanz, Würzbach.
Geschw. Stanger, Calw.

Wir kaufen laufend: Kiefern- und Fichtenrundholz aller Kl.

Robert Sprungmann, G. m. b. H., Essen.
Angebote sind zu richten an:
Einkaufsbüro und Sägewerk Wildberg
Fernsprecher Nr. 25. **(Württ.)**

Turnverein Calw
Montag abend
Turn-Versammlung.

Bez.-Wirts-verein Calw.

Am Dienstag, den 2. Okt. 1923 nachmittags 3.30 Uhr außerordentliche

General-Versammlung

bei Maier zur „Schwane".

Auch Nichtmitglieder sind eingeladen, da sehr wichtige Berufsfragen auf der Tagesordnung. **Der Vorstand.**

Wurstwaren
eingetroffen.
Fritz Freudenberger.

Halbhund
zugelaufen.
449 hinter der Post.

Altmetall

wie
Kupfer, Zinn, Blei, Messing usw.
kauft laufend
als Selbstverbraucher.
E. Wackenhuth,
Kupferschmied,
Fernsprecher Nr. 121

Fisch-Konserven
eingetroffen.
Fritz Freudenberger.

Ein fleiß. Mädchen sucht auf 15. Oktober Stelle als

Köchin

in Privat od. als Beiköchin in Hotel oder Sanatorium. Zeugnisse vorhanden. Näher. auf d. Geschäftsst. ds. Blts.

Zu kaufen gesucht:
1 Chaiselongue,
1 Fenstertritt,
1 Weckapparat,
1 Damenfahrrad.

Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Prima
Mostansatz
ist laufend zu haben bei
Georg Wohlgemuth, Liebenzell.

Einen guterhaltenen
Liegesportwagen
zu verkaufen.
Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ernstmühl.
4 Stück
Bienenkästen
Bad. Maß, 3 Etagig mit Seitenwand-Futtertrog noch wie neu, **vertauscht geg. Kartoffel od. Frucht.**
Karl Spathelf.

Vertausche ein Einstellrind gegen Frucht.
Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ihre Verlobung
geben bekannt
Lydel Jäck
Karl Schanz

Unterreichenbach — Sprollenmühle / Wildbad

Turnverein Calw.

An Stelle des Georgii-Reichert'schen Preisturnens findet morgen — **Sonntag — von 2 Uhr ab** ein

Abturnen sämtlicher Abteilungen

auf dem Brühl statt. Geräte-Uebungen der Frauenriege, der Turnschüler, Zöglinge und aktiven Mitglieder wechseln mit volkstümlichen Uebungen ab und **präzis 4 Uhr** schließt sich ein 2maliger **Stafettenwettlauf** durch die hiesige Stadt (Lederstraße, neue Brücke, Bahnhof-Bischoffstraße) an. Wir erlauben uns, Freunde geregelter Leibesübungen auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen.

Der Turnrat.

Freiwillige Feuerwehr Calw.

Die Herbstübungen 1923

finden statt:

1. Kompagnie Einzelübungen 1. u. 4. Oktober.
2. „ „ 1. u. 4. „
3. „ „ 1. u. 4. „
4. „ „ 1. u. 3. „

Antreten am Spritzenhaus je 6 Uhr abends.
Anzug: Mütze, Gurt und Armband.

Hauptübung

am Montag, 8. Oktober abends ½6 Uhr mit sämtlichen Mannschaften in voller Ausrüstung und Helm.

Für unentschuldigtes oder nicht genügend entschuldigtes Fehlen werden der Geldentwertung entsprechende Strafsätze festgelegt.

Diese Bekanntmachung ist auch am Rathaus angeschlagen.

Dreschmaschinen

mit und ohne Putzerei
Mostereien Schrotmühlen
Horizontal-Mahlgänge
verschiedener Größe, sowie
sämtliche landwirt. Maschinen und Geräte
empfiehlt
Wilh. Wackenhuth
Maschinenwerkstätte. Fernspr. 142.

Leonberg.
Flachs und Hanf
gegen sofortigen

Umtausch von Webwaren

kann jeden **Montag, Dienstag und Mittwoch** für die Firma **Kolb & Schüle, Urach,** bei mir abgeliefert werden.

Leinenwaren werden zu dem 3fachen Wert, Baumwollwaren für den 2fachen Wert des Rohmaterials

zurückgeliefert.

Mein Lager ist in **Leinen- und Baumwollwaren** gut sortiert.

Otto Wendel, Telefon 58
Fabriklager für die Oberämter Calw u. Leonberg.

Neuheiten

in **Stubenwagen** sowie
Kinderbettstellen
sind eingetroffen
und empfiehlt solche preiswert
Wilh. Frank
Spezialgeschäft für Kinderwagen, Korbwaren und Korbmöbel
in **Calw** hinter dem Rathaus.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw